Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 p. 8–8, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 4, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Monatsmieth oder nach Heimaten 20 Pfg. Unter Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Nachnahme oder Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsbüreau an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz b. Dresden. für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Thüre zu! S.Z. Patent.

Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 50,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27
(Fernsprech-Amt II, Nr. 2906.

Faulbaumrinden-Elixir,
angenehmes, mildes Mittel, bewirkt schmerzlosen Stuhlgang. Flasche 1 M. Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, am Georgenthor.

Smyrna-Knüpfarbeiten.
Die Grösse des Umsatzes in diesen beliebten Handarbeiten ermöglicht mir ganz **erhebliche Preisermässigungen**, so dass ich in der Lage bin, im Vergleich zu den mit grosser Reclame von auswärts angepriesenen, dazu minderwerthigen Knüpfarbeiten, **etwas Billigeres** und **Besseres** zu liefern.
C. Hesse, Königl. Hofl., Altmarkt.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. — Tapeten
F. Schade & Co.
Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke.

Specialität: Vernickelung von Schlittschuhen. Otto Büttner, Dresden, Falkenstr. 1–3. Fernsprecher 1606

Nr. 338. Spiegel: Chinesische Unruhen, deutsche Intervention in Griechenland. Hofnachrichten. Landtags-Verhandlungen. Buchdruckerstreik. Frauenschutz, Gerichtsverhandlungen. Sanderson-Concert. Freitag, 4. December.

Politisches.

Von den nervösen Reibungen, denen mit breiter Fläche das internationale Leben der europäischen Kulturnationen ausgesetzt ist, wird sich in allernächster Zeit die Aufmerksamkeit unserer Reichsregierung nach dem fernen Osten des alten chinesischen Kaiserthums wenden, und auch im Süden unseres Erdtheils brodelt einmal wieder der Kessel. Schrecklich klingen die Nachrichten, welche aus dem Lande zu uns dringen, wo sonst in friedlicher Ruhe unter dem Bambusdache schlitzäugige Schönen ihre Füße einschnüren, wo der Thee im ersten Aufguß getrunken und die berühmte Tusche verfertigt wird, wo der Zopf noch immer hinten hängt und das Opium der Seele das holde Bild der entfernten Geliebten vorzaubert. Zahllose Opfer sind bereits der Blutgier eines fanatischen Pöbels verfallen, Kirchen zerstört und Nonnen geschändet worden, blühende Niederlassungen sind vernichtet. Gegen die Fremden zunächst scheint sich die stürmische Bewegung zu richten, die von den mongolischen und mandschurischen Landestheilen her über das Land des Confucius hinbraust. Aber die Empörung scheint noch andere Ziele zu verfolgen, als nur die Vernichtung der Fremden, sie scheint anderen Motiven entsprungen, als nur dem Fanatismus der Volksreligion gegen die Lehre der Christen. Es heißt bereits, die Aufwiegler rückten bis in die Nähe von Peking vor, so daß die Vertreter der ausländischen Nationen sich von dort aus zu flüchten genöthigt sehen, es heißt ferner, daß ihr Strom immer stärker anschwelle, und es gewinnt ganz den Anschein, als werde der Stoß gegen die herrschende Dynastie, gegen den Kaiser geführt.

Die Wurzel der Vorgänge in China, welche ganz geeignet sind, Schrecken und Entsetzen zu verbreiten, läßt sich bisher nicht mit historischer Sicherheit verfolgen. Bereits im Laufe des Sommers drangen Nachrichten herüber von Aufschreitungen gegen die Fremden, welche zu unterdrücken die nächstbetheiligten Behörden sich außer Stande sahen. Schon damals schien es, als wäre der Aufstand angezettelt durch Veteranen, die nach Bewältigung der jüngsten Aufstände und nach den Kämpfen gegen die Franzosen in Tonkin entlassen und brot- und beschäftigungslos geworden seien; ferner wurde berichtet, daß sich ihnen zahllose Verzweifelte anschlossen, die den Ueberschwemmungen und der Dürre als Opfer anheimfielen. Es heißt, daß die Regierung für diese Unglücklichen nicht nur so gut wie Nichts gethan habe, daß vielmehr höhere und niedere Beamte durch eine fast russisch zu nennende Bestechlichkeit und Willkür die Noth noch vergrößerten. Den Haß jedoch, der naturgemäß gegen die eigene Verwaltung gerichtet sein mußte, scheinen kluge Mandarinen von sich ab- und auf die Europäer zu lenken, die sie für alle Beschwernisse verantwortlich machen, und diese Spekulation auf den Instinkt der Massen scheint ihre Früchte zu tragen. Wurde doch erst vor zwei Tagen gemeldet, daß ein hoher Staatsbeamter, etwa vom Range eines Regierungspräsidenten die wilden Horden, nachdem sie zahllose Schandthaten gegen die christlichen Ansiedelungen begangen, festlich bewirthet und zu neuen Schandthaten ermuntert habe. Selbstverständlich kamen zu den übrigen Beweggründen auch Motive rein lokaler Art, die plötzlich an ganz isolirten Punkten die Flammen des Aufruhrs entfachen. Zwar hat die Regierung in Peking anscheinend eine ziemlich energische Stellung eingenommen, sie hat sogar eine Art von Ausnahmezustand proklamirt, indem sie anordnete, daß für die Vollstreckung von Todesurtheilen nicht mehr die kaiserliche Sanktion vonnöthen sei, und indem sie ihren Beamten überhaupt die größte Strenge zur Pflicht machte, aber das kaiserliche Ansehen scheint bereits derart in Fetzen gegangen zu sein, daß diese Bemühungen einen sichtbaren Erfolg nicht davontrugen. Haben doch die sogenannten Vice-Könige ohnehin seit Alters eine derartig uneingeschränkte Macht und so wenig Lust, sich den Anordnungen in Peking zu unterwerfen, daß die Mächte schon vor zwanzig Jahren darauf verzichten mußten, mit der Centralregierung zu unterhandeln, und sich direkt an die Statthalter der einzelnen Provinzen wandten. Daß hiermit dem Ansehen der Dynastie nicht sonderlich gedient ist, liegt auf der Hand, kann uns aber weniger am Herzen liegen, als der Schutz unserer etwa in Mitleidenschaft gezogenen Landsleute.

Bisher scheinen deutsche Interessen noch nicht direkt verletzt zu sein. Aber es ist klar, daß bei dem weiteren Emporschäumen der Leidenschaften die Volksmengen nicht vor den Häusern der deutschen Staatsangehörigen Halt machen, sondern sie ebenso gut sengen und brennen werden, wie die Missionsanstalten der Belgier und die Waarenlager der Franzosen. Haben es doch ohnehin die Vertreter des Deutschthums nicht immer verstanden, ihrer Nation die Liebe und Achtung der Chinesen zu gewinnen, sondern durch mancherlei faule Geschäfte, die lebhaft an die Anlage der rumänischen Eisenbahnen erinnern, selbst in wohlwollenden Kreisen tiefe Erbitterung erregt. Es wird in diesem Zusammenhange speziell der Name Mandl genannt. Die Spekulation hat sich in besonderem Maße der Industrie-Anlagen zu bemächtigen gesucht, und den Geduldsfaden der Söhne des himmlischen Reiches in bedenklichem Maße angespannt. Mag aber auch hier, wie in dem vielleicht bisweilen allzu provokatorischen Auftreten einzelner Missionare eine gewisse Verschuldung vorliegen, so haben doch andererseits die europäischen Kulturstaaten die Pflicht, ihre von Mord und Todtschlag bedrohten Angehörigen in wirksamster Weise zu schützen. Man braucht dabei nicht sofort an eine Kriegserklärung zu denken; selbst die Aussschiffung von Truppen ist ein Mittel, das nur im äußersten Nothfall anzuwenden wäre. Es ist vielleicht anzunehmen, daß schon die Anwesenheit einiger deutscher Kriegsschiffe hinreichen würde, um den Herren Rebellen genügenden Respekt vor deutschem Eigenthum einzuflößen. Zur Zeit befinden sich nur die zwei Kreuzer „Wolf" und „Iltis" in den chinesischen Gewässern, vielleicht ist auch der Kreuzer „Bussard" schon dort eingetroffen. Rücken aber die Meuterer noch weiter vor, bedrohen sie in nächster Zeit vielleicht gar die Hauptstadt des Riesenlandes, so muß ein wirksamerer Schutz unserer Interessen getroffen werden und zwar rechtzeitiger und energischer, als seinerzeit in Chile. Der Reichstag wird aber die Pflicht haben, nicht nur nach dieser Richtung einen Druck auszuüben, er wird gleichzeitig bei der Berathung des Marine-Etats sich der Nothwendigkeit nicht verschließen können, hinreichende Geldmittel zu bewilligen. Nach den Handelsausweisen ist mit Ausnahme der englischen und chinesischen Schifffahrt die deutsche in den dortigen Gewässern den Handelsflaggen aller anderen Nationen um ein Erhebliches überlegen, und doch besteht das dort stationirte Geschwader Frankreichs, Amerika's und Rußlands aus einer Anzahl von Schiffen, die dem deutschen Geschwader in jeder Hinsicht überlegen sind.

Während nun bisher von Maßregeln der deutschen Regierung zum Schutze der deutschen Interessen in China noch nichts verlautet, bringt ein offizielles Telegramm plötzlich die Kunde von einem diplomatischen Vorgehen des Herrn von Caprivi für — belgische Unternehmen in Griechenland. Die Vertreter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Italiens und der Türkei — man beachte: nicht die Englands und Rußlands. — haben gegen das kleine Griechenland eine Zwangsaktion begonnen, zu Gunsten der internationalen Machenschaften des jüdischen Belgiers Rollène. Dieser Biedermann übernahm die Herstellung der Eisenbahnlinie Milos-Katanata und ließ für dieselbe Tausende von italienischen und kroatischen, slovenischen und bulgarischen Arbeitern durch Agenten nach Griechenland schaffen. Nach einem halben Jahre machte Rollène die übliche „Pleite" und verduftete, indem er das für die Arbeiter ausgezahlte Geld einsteckte und die Arbeiter und Ingenieure ohne einen Pfennig Geld im Elende zurückließ. Baron Hirsch der Zweite! Jetzt verlangen plötzlich fünf Gesandte, darunter der ganz unbetheiligte Vertreter Deutschlands, von der griechischen Regierung, die ohnehin schon die ohne ihre Schuld in's Elend Gerathenen auf eigene Kosten ernähren muß, sie solle für Schadloshaltung und Rückbeförderung der Betrogenen zwei Millionen Francs bewilligen! Selbstverständlich lehnte es die Athener Regierung ab, darauf einzugehen, und die Volksmeinung stellte sich durchaus auf ihre Seite. So wird von Athen geschrieben: „Das Verlangen der fünf Gesandten erregt allgemeines Staunen und Befremden, da die Entscheidung der Frage nicht der Regierung unterliegt, sondern Sache der Gerichte ist. Die gesammte Presse ohne Unterschied der Parteien betrachtet die Note als unbegründet, aufdringlich und absurd und richtet deshalb an die Regierung das Ersuchen, kurz und bündig zu erklären, daß sie keiner ausländischen Macht das Recht zugestehe, sich in innere Fragen einzumischen, besonders wenn diese noch dazu Rechtsfragen sind. So viel steht fest, daß die Regierung sich nicht für Zahlung der rückständigen Gehalte verantwortlich hält und in diesem Entschluß unerschüttert bleiben wird. Nie zuvor hat die öffentliche Meinung sich so voll und ganz auf ihre Seite gestellt." Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht dieser Darlegung gegenüber eine offiziöse Note, welche in direktem Widerspruch zu den Mittheilungen des „Daily News", der „N. Fr. Pr.", der „Nat.-Ztg." und der „Kr. Ztg." die Betheiligung des deutschen Vertreters an der Kollektivnote leugnet und nur zugiebt, daß der deutsche Konsul sechs in Mitleidenschaft gezogene Landsleute unterstützt habe. Da ferner gemeldet wurde, daß die griechische Regierung die Forderungen der fünf Mächte abgelehnt habe, so bleibt die Frage nach der Richtigkeit der offiziösen Note bis auf Weiteres offen. Zur Hebung unseres Einflusses im Orient könnte es in keinem Falle dienen, wenn wir „unsaubere jüdische Spekulationen daselbst mit unserer staatlichen Autorität zu schützen suchten".

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. December.

Berlin. Der Reichstag setzt die 2. Berathung der Krankenkassennovelle bei den Bestimmungen über die Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen fort. — Abg. v. Strombeck (Ctr.) fragt, ob die Regierung Ermittelungen über die finanzielle Wirkung, welche aus den obligatorischen Mehrleistungen für die Betriebskrankenkassen erwachsen werden, angestellt habe. Staatssekretär v. Bötticher: Amtliche Erhebungen hätten darüber nicht stattgefunden, doch hätten die Fabrikbesitzer Bedenken in dieser Richtung nicht geäußert. § 73 betrifft die Innungskrankenkassen. — Abg. von der Schulenburg (kons.) kündigt für die 3. Lesung einen Antrag auf Erweiterung der Rechte der Innungskassen an. § 75 bestimmt, daß die freien Hilfskassen, ebenso wie die übrigen Krankenkassen, freie ärztliche Behandlung und freie Arznei gewähren müssen, während sie bisher berechtigt waren, an Stelle dieser Leistungen ein höheres Krankengeld zu geben. Nur solche Mitglieder einer eingeschriebenen Hilfskasse, die zugleich einer anderen Kasse angehören, sollen an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei eine Erhöhung des Krankengeldes zu beanspruchen berechtigt sein. — Abg. Dr. Hirsch (freis.) meint, daß diese Bestimmungen nur die Vernichtung der freien Kassen zu Gunsten der Zwangskassen bezweckten. Man solle den Mitgliedern der Kassen überlassen, zu entscheiden, ob höheres Krankengeld oder freie ärztliche Behandlung gewährt werden soll. Es müsse genügen, wenn die freien Kassen das Gleiche leisten, wie die Zwangskassen. Die freien Kassen seien ihren Aufgaben überall gerecht geworden. Die Gesetzgebung solle sie fördern und nicht hindern. Es würden sich für diese Kassen auch Schwierigkeiten ergeben, das nöthige Aerztepersonal für ihre Mitglieder, die vielfach räumlich zerstreut wären, zu beschaffen. Werde die Vorlage in dieser Fassung angenommen, so bedeute das die Beseitigung der freien Kassen, denen gegenwärtig 900,000 Mitglieder angehörten, und die sich im Laufe langer Jahre mühsam emporgehoben hätten. — Abg. von der Schulenburg (kons.): Es handle sich hier nicht um wohlerworbene Rechte der freien Kassen, sondern um Vorrechte, und es wäre ein Unrecht gegen die übrigen Kassen, den Hilfskassen diese Vorrechte weiter zu belassen. Es entspreche nicht den Interessen der Arbeiter, wenn sie in Krankheitsfällen statt ärztlicher Hilfe ein Krankengeld erhalten, das sie anderweit verwenden, ohne überhaupt ärztliche Hilfe nachzusuchen. Warum solle den freien Kassen nicht möglich sein ebenso gut für freie ärztliche Behandlung zu sorgen wie den übrigen Kassen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) ist gegen die neue Bestimmung, die nur bezwecke, die Mitglieder der freien Kassen in die Mitglieder bedürftigen Gemeindekrankenkassen hineinzuzwängen. Damit werde man die letzteren bei den Arbeitern nicht beliebter machen. — Staatssekretär v. Bötticher: Es sei nicht schwer, nachzuweisen, daß die Leistungen der Zwangskassen größer seien als die Leistungen der freien Hilfskassen. Die Krankenversicherung bezwecke, den Versicherten in Krankheitsfällen Hilfe und baldige Wiedergenesung zu sichern. Dazu gehöre ärztliche Behandlung. Es sei auffällig, daß nach den Ausweisen der Kassen, die Krankheitsdauer bei den freien Kassen eine durchschnittlich längere war als bei den Zwangskassen, was nur so zu erklären sei, daß von den Mitgliedern der freien Kassen ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig nachgesucht werde und sich dadurch der Verlauf der Krankheit verzögere. Auch aus den Kosten, welche die einzelnen Krankheitsfälle verursacht haben, sei zu entnehmen, daß sich die Krankheitsheilungen bei den freien Kassen verzögern. — Abg. Dr. Langerhanns (freis.): Hier müsse zuerst praktisch für die freie Aerztewahl eingegriffen werden. Schon heute vereinbaren die Kassen ein niedrigeres Honorar mit den Aerzten, als nach der bestehenden Taxe. Das werde schließlich dazu führen, daß der Staat genöthigt werde, die Aerzte zu verstaatlichen. — Staatssekretär v. Bötticher: Die freie Aerztewahl sei einstweilen noch ein Ideal. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Kassenmitglieder nicht immer geneigt sein werden, überhaupt ärztliche Hilfe anzurufen, wenn sie dieselbe selbst bezahlen müssen. — Abg. Singer (Soz.): Unter der freien Aerztewahl sei zu verstehen, daß den Erkrankten Gelegenheit gegeben werde, aus einer gewissen Anzahl von Aerzten sich den Arzt ihres Vertrauens auszuwählen. — Staatssekretär v. Bötticher: Das bestehe heute bereits. Die Absichten Dr. Langerhanns gingen indeß weiter. § 75 wird in der Commissionsfassung angenommen. Die freien Hilfskassen haben somit künftig freie ärztliche Behandlung und freie Arznei zu gewähren. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages erledigte den Etat des Innern. Staatssekretär v. Bötticher theilte mit, daß im Herbst 1891 der neue Reichstagsbau fertig gestellt sein werde. — Ueber die vielbesprochene Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und Windthorst wird der „Post" von zuverlässiger Seite berichtet: Herr v. Bleichröder, dem dies seit vielen Jahren gestattet gewesen, habe sich damals beim Fürsten direkt anmelden lassen und als er vorgelassen, habe er Windthorst angemeldet, der bereits draußen gestanden. Windthorst habe damals exorbitante Bedingungen gestellt, damit beim Fürsten aber kein Entgegenkommen gefunden. Demselben Blatte wird berichtet, Windthorst habe am Tage vor seiner letzten Erkrankung einem Collegen im Reichstage ganz positiv seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß Fürst Bismarck in einem Jahre wieder am Ruder sein werde. Diese Behauptung habe er auch auf Widerspruch energisch vertheidigt.

Berlin. Hierselbst wurden gleichzeitig mit den deutsch-belgischen Verhandlungen die zwischen Oesterreich-Ungarn und Belgien geführten Handelsvertrags-Verhandlungen heute durch eine im Auswärtigen Amte seitens der beiderseitigen Delegirten erfolgte Paraphirung des Vertrages abgeschlossen.

Frankfurt. Hier vorliegende Privatmeldungen wollen aus guter Quelle wissen, daß in Madrid verlaute, daß eine Emission von 250 Mill. Francs 4% amortisabler Anleihe von Rothschild mit einer starken Gruppe gemacht und nächstens zur öffentlichen Subskription erscheinen würde. Der wahrscheinliche Emissionskurs sei 85 (wahrscheinlich spanische Ware). — Die Fabrik elektrischer Accumulatoren in Gelnhausen ist niedergebrannt.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest für Banken, russische Anleihen und österreichische Bahnen. Letztere waren durch bessere Wiener Curse günstig beeinflußt. Für Banken lagen Kaufaufträge aus der Provinz vor. Russische Anleihen waren infolge der fortdauernden Schwänze in Paris höher. Bald nach Eröffnung erfuhren Kohlenaktien auf Essener Berichte, wonauf auch die übrigen Gebiete eine Abschwächung erfuhren. Daneben fanden ungünstige politische Erörterungen statt, die sich an angebliche Aeußerungen des Kaisers bei der Vereidigung der Rekruten in Potsdam knüpften. Der Späterverlauf wies leicht schwankende Tendenz auf. Schluß schwach und still. Cassaverkehr still bei vorwiegend abgeschwächten Coursen. Von deutschen Fonds 3½ Proz. bevorzugt und besser. Privatdiskont 2¾ Proz. Nachbörse ruhig. — Wetter: bedeckt, etwas Regen, Südsüdwestwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 218,80, Staatsb. 228,50, Lomb. 72,50. Galizier —,—, Egypter —,—, ungar. Ung.-Gold. 99,90. Diskonto 171,30. Dresdn. Bk. 141,60 Laura —, Gelsenkirchen —. Fest.

Wien (Abendbl.) Credit 327,60, Staatsbahn 278,25, Lombarden 80,75. Marknoten 57,87,5 Ung. Credit 322,00 Fest.
Nordwest 199,50.

Paris. Schluß. Rente 95,72 Anleihe 104,65, Italiener 91,45. Staatsbahn 615,00, Lombarden 198,25, do. Prioritäten —, Spanier 67¼, Egypter 480,00 Ottomanen 542,50 Lombarden 527,50. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Dezbr. 27,60, per März-Juni 28,20, matt. Mehl (5 Sorten) per December 65,00, per Mai-August 66,50, ruhig. Rüböl per December 67,25, per März-Juni 69,25, still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 271, per Mai —, Roggen per März 154, per Mai 156.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König folgt morgen einer Einladung des Herrn von der Decken zur Jagd nach Hof bei Oschatz.

— Der Cantor und Oberlehrer Eduard Ritscher in Königsbrück erhielt das Verdienstkreuz.

— Das Königl. Kultusministerium hat genehmigt, daß Herr Dr. phil. D. Bendau hier, welcher seinerzeit durch seine Thätigkeit an der Newyorker Hochschule den Titel „Professor" erworben hat, diesen Titel mit einem den Ursprung desselben außer Zweifel stellenden Zusatz wieder aufnehme.

— Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich hat weiter folgende Ordensdekorationen verliehen und zwar erhielten der Prinzl. Hofkakai Johann Pilz das silberne Verdienstkreuz mit der Krone und die Prinzl. Hofkakeien Wilhelm Oelschlägel, Otto Winzer und Wilhelm Giese das silberne Verdienstkreuz.

— Landtag. Vor Eintritt in die Tagesordnung der zweiten Kammer beklagte sich gestern der Abg. Geyer über die unwahre Berichterstattung des „Leipziger Tageblattes". Präsident Ackermann erklärte die Berichtigung von Zeitungsartikeln für nicht zulässig. — Durch Akklamation wurden für den Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden die Abgeordneten Bönisch und Dr. Haberkorn als Mitglieder, die Abgeordneten Uhlemann und Georgi als Stellvertreter gewählt. Die Wahl von 3 Mitgliedern bez. 3 Stellvertretern in den ständischen Ausschuß für das Plenum der Brandversicherungskammer fiel auf die Abgeordneten Grahl, Opitz, Beisenge bezw. Hoyer, Uhlmann-Stollberg und Matthes. — Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes nahm hierauf der Abg. Stolle-Geyer das Wort: Der vorliegende Antrag sei schon vor 2 Jahren in der zweiten Kammer verhandelt worden. Die Finanzdeputation A habe damals darüber Bericht erstattet, jedoch einen ablehnenden Bescheid gegeben. Die Finanzverhältnisse des Landes

Pfund's Kinderm... (Fortsetzung) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, ... Kaufhaus-Passage, Marienstr. 41/42.